

az parteientechnik : Von „A“ wie Agrarmarkt über „C“ wie Gentechnik bis „T“ wie Tierhaltung



Leitbild Leitbild der Christdemokraten ist die „wiefällige, nachhaltige, wettbewerbsfähige, bodenbezogene und flächendeckende Landwirtschaft in bäuerlicher Hand“. Die Vielfalt der Familienbetriebe soll erhalten werden. Konventionelle und ökologische Landwirtschaft stehen nicht im Gegensatz und sollen beide zielgerichtet gefördert werden.

GAP Die Union setzt sich auch nach 2020 für die Fortführung der Direktzahlungen ein und hält am 2-Säulen-Modell fest. Innerhalb der GAP wollen die Unionsparteien insbesondere Junglandwirte, aktive Landwirte und kleinere und mittlere Betriebe fördern.

Pflanzenschutz Hierzu positionieren sich die Christdemokraten in ihrem Wahlprogramm nicht.

EEG Der Ausbau der regenerativen Energien soll fortgesetzt werden. Über die Ausdehnung der Sektorenkopplung, beispielsweise Strom-Wärme-Kopplung, will die CDU/CSU steigenden Kosten begegnen. Grundsätzlich soll die Energiegewinnung marktwirtschaftlich ausgerichtet werden.

Gentechnik Das Thema streift die Union am Rande: Eine „Biotechnologie-Agenda“ soll hier, um Innovationsprozesse zu fördern.

Tierhaltung Die Unionsparteien streben in Sachen Tierschutz einheitliche Standards für die gesamte EU an. Die Einführung eines neuen, staatlichen Tierwohl-Labels soll die Marktchancen der Betriebe verbessern.

Agrarmarkt Eine dauerhafte Risikoausgleichsrücklage soll es Betrieben ermöglichen, in guten Jahren steuerfrei Rücklagen für schwächere Jahre zu schaffen. Markt- und Produktionsrisiken sollen nicht alleine beim Erzeuger liegen. Auf EU-Ebene wollen sich CDU/CSU für die Verbesserung der Kriseninstrumente, zu denen die Private Lagerhaltung oder die Krisenreserve zählen, einsetzen.

Boden Die Unionsparteien wollen aktiven ortsansässigen Landwirten beim Kauf von Agrarflächen Vorrang gewähren. Die bodenrechtlichen Rahmenbedingungen sollen zum Schutz der Landwirte weiterentwickelt werden.

Fazit

Wer am Status quo festhalten und weiterhin Direktzahlungen beziehen will, sollte am 24. September den Christdemokraten seine Stimme geben.



Leitbild Die SPD bekennet sich zu konventioneller und ökologischer bäuerlicher Landwirtschaft. Die Sozialdemokraten wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der Verbraucher und Tierwohl ausgerichtet ist. Zudem soll sie gerechte Arbeitsbedingungen bieten und faire Entlohnung sichern.

GAP Die Sozialdemokraten formulieren den Grundsatz: „Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ und propagieren den schrittweisen Ausstieg aus den „pauschalen“ Subventionen der 1. Säule bis 2026. Öffentliche Güter sind laut SPD Naturschutz, Umweltschutz, Tierwohl und Ernährungssicherheit.

Pflanzenschutz Der Einsatz von Pflanzenschutz soll auf das notwendige Maß reduziert werden, Positionen zu Glyphosat oder Neonicotinoiden fehlen.

EEG Die SPD bekennet sich zu einem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Dazu sollen auch alternative Finanzierungsmodelle entwickelt werden. Wind- und Sonnenenergie sind für die Sozialdemokraten langfristig die kostengünstigste Form der Energieerzeugung.

Gentechnik Sowohl Lebensmittel als auch Pflanzen und Tiere sollen gentechnikfrei sein. In puncto neue gentechnische Verfahren wie CrisprCas will die Partei das Vorsorgeprinzip anwenden und Wahlfreiheit der Verbraucher sicherstellen.

Tierhaltung Mit einer Kennzeichnung sollen Lebensmittel aus „aufgeklärter Tierhaltung“ unterstützt werden. Dazu dienen soll ein staatliches Tierschutzlabel. Eingriffe an Tieren aus wirtschaftlichen Gründen wie das Kupieren von Schwänzen beim Schwein sollen verboten werden. Den Einsatz von Antibiotika will die SPD auf das „notwendige Maß“ reduzieren.

Agrarmarkt Ein Bundesprogramm Regionalvermarktung soll Regionalvermarktungsinitiativen stärken. Die Sozialdemokraten lehnen eine Agrarprodukt ab, die sich lediglich auf den Export am Weltmarkt konzentriert.

Boden Beim Flächenenerwerb sollen Landwirte vor branchenremden Investoren Vorrang haben. Der Bodenmarkt soll transparenter werden.

Fazit

Landwirte auf Expansionskurs und mit Falle für neue Technologien sollten gut überlegen, ob sie SPD wählen.



Leitbild Die Partei nennt als Leitbild ihrer Agrarpolitik den ökologischen Landbau. Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung. Die nächsten sieben Jahren mit 1 Mrd. € gefördert werden. Die derzeit dominierte Form der Landwirtschaft bezeichnet Bündnis 90/Die Grünen als größten „Naturkiller unserer Zeit“.

GAP Die Grünen setzen auf eine Agrarförderung nach den Prinzipien „Klasse statt Masse“ und „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“. Bäuerliche, ökologische und regionale Wirtschaftsweisen sollen subventioniert werden – und nicht der pure Besitz von Fläche.

Pflanzenschutz Für die Partei steht Pflanzenschutz stellvertretend für Insektenvernichtung. Ein Verbot von Glyphosat und Neonicotinoiden ist selbstverständlich.

EEG Das Ziel ist 100 Prozent Ökostrom bis 2030. Rabatte auf den Strompreis für die Industrie wollen die Grünen auf ein Mindestmaß zurückführen und Ökoenergieprojekte vom „bürokratischen Ausschreibungszwang“ befreien.

Gentechnik Weder neue noch alte biotechnologische Methoden duldet die Partei in der Pflanzszüchtung. Außerdem wollen die Grünen Lebensmittel, die auf Basis von gentechnisch veränderten Futtermitteln produziert wurden, kennzeichnen.

Tierhaltung Die Partei fordert mehr Platz in den Ställen, Zugang zu frischer Luft und Tageslicht, ein Verbot von Amputationen und Quälzuchten, eine tiergerechte Fütterung und deutlich weniger Antibiotika. Die „industrielle Massenerhaltung“ soll innerhalb der nächsten 20 Jahre beendet werden.

Agrarmarkt Die Grünen setzen auf „gute Produkte für den Wochenmarkt“ statt „Massenproduktion für den Weltmarkt“. Von der Exportorientierung rücken sie ab: Kleinbauern weltweit soll nicht mit „hoch subventionierten europäischen Agrarerzeugnissen“ konkurrieren müssen.

Boden Die Grünen streben das Null-Hektar-Ziel an: Künftig sollen nicht mehr Flächen in Anspruch genommen werden, als an anderen Stelle wieder freigelegt werden. Der Bodenmarkt soll transparenter reguliert werden, um die Landwirtschaft vor branchenfremden Investoren zu schützen.

Fazit

Biobauern sind im Gegensatz zu konventionellen Landwirten gut beraten, am 24. September Grün zu wählen.



Leitbild Die Linke will eine sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Als leitendes Prinzip nennt die Partei eine auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft, die auf das internationale Konzept der Ernährungssozialverträglichkeit ausgerichtet ist.

GAP Nach 2020 soll es nur noch Geld für „konkret nachweisbare öffentliche Leistungen“ geben. Bei der Flächenprämie will die Partei sich dafür einsetzen, dass sozialpflichtige Arbeitskräfte berücksichtigt und Investoren als Empfänger ausgeschlossen werden. Höhere Erzeugerpreise sollen Landwirte weniger abhängig von Subventionen machen.

Pflanzenschutz Die Partei steht hinter einem Verbot von Glyphosat und Neonicotinoiden.

EEG Die Linke sieht zentrale Säulen des EEG durch das System von Markprämien und Ausschreibungen zu großen Teilen zerstört. Denn Ausschreibungssysteme sind für Bürgerenergieprojekte zu teuer und riskant. Generell befürwortet die Linke eine regional ausgerichtete Energiegewinnung. Strom- und Warmnetze sollen in die Hände des Staates überführt werden.

Gentechnik Anbau und Import von gentechnisch veränderten Pflanzen will die Partei verbieten.

Tierhaltung Die Linke verfolgt das Ziel einer flächengebundenen und auf die einzelwirtschaftliche Nachfrage bezogenen Nutztierhaltung. Dazu sollen Bestandsobergrenzen für bestimmte Regionen und Standorte eingeführt werden. Kontrollen zum Einsatz von Antibiotika möchte „Die Linke“ verschärfen und Verstöße härter bestrafen.

Agrarmarkt Die Linke wendet sich gegen eine weitere Globalisierung der Agrarmärkte. Regionale Vermarktung, Erzeugung und Verarbeitung sollen stärker gefördert werden – als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthöfen-, Molke- und Handelskonzernen.

Boden Indirekte Bodenkäufe durch Investitionen über den Erwerb von Betriebsanteilen sollten zumindest unter Genehmigungs-vorbehalt gestellt werden. Das Grundstücksverkehrsgesetz in seiner jetzigen Form regelt dies nicht.

Fazit

Wer kein Problem mit einem starken Staat und Verboten von Neonicotinoiden hat, kann beruhigt sein Kreuzchen links machen.



Leitbild Landwirtschaftliche Unternehmer sollen selbstbestimmt und sachkundig ihrer Arbeit nachgehen können. Denn Vorkommen durch Leistung muss nach Meinung der FDP überall möglich sein. Digitale Innovationen bieten große Chancen für die Landwirtschaft.

GAP Zur Gemeinsamen Agrarpolitik findet sich nur so viel im Parteiprogramm: Das „Greening wollen die Freien Demokraten mit Blick auf Praktikabilität und Bürokratie kritisch begleiten.“

Pflanzenschutz Wirkstoffe sollen ausschließlich verfügbar sein. Wenn das Bundesinstitut für Risikobewertung grünes Licht gibt, will die Partei sich anschließen.

EEG Die FDP will das „Dauerinterventions-system des EEG“ unter Beachtung des Bundesstaatschutzes beenden. Die Energiegewinnung muss zu einem gemeineuropäischen Projekt umgewandelt werden. Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz sollen beim Strommix der Zukunft im Zentrum stehen.

Gentechnik Neuen biotechnologischen Verfahren, die unter dem Begriff Genomeditierung zusammengefasst sind, stehen die Freien Demokraten offen gegenüber.

Tierhaltung Die Partei will sich für eine artgerechte Tierhaltung und Tierernährung einsetzen. Wünschenswerte Verbesserungen in der Nutztierhaltung sollen durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreicht werden.

Agrarmarkt Die Freien Demokraten wollen eine steuerbefreite Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe ermöglichen. Außerdem sollen die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle gestärkt werden. Zudem will die FDP die „starren Lieferbeziehungen“ zwischen Erzeugern und Genossenschaften modernisieren. Im Sinne einer kohärenten Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik sollen Agrar-Exportsubventionen auf den Prüfstand gestellt werden.

Boden Zu Bodenschutz und Bodenmarkt findet sich nichts im Wahlprogramm der FDP.

Fazit

Bei Gentechnik und Pflanzenschutz sind wenig Eingriffe zu erwarten, sollte die FDP künftig in der Agrarpolitik ein Wörchchen mitreden. Dafür dürften weniger Subventionen fließen.



Leitbild Als Leitbild benennt die AfD die landwirtschaftlichen Familienbetriebe und Genossenschaften. Diese sollen wieder in die Lage versetzt werden, durch ihr Einkommen den sozialen Standard der Familien und Hofes zu sichern. Abgeteilt wird ein weltweites Dumping der Preise zulasten von Umwelt, Mensch und Tier.

GAP Die Förderung regionaler Vermarktungs- und Erzeugungsstruktur geht für die AfD mit der Forderung einher, Gesetzgebungs-kompetenzen von der EU auf die Länderebene zurückzuführen. Außerdem wird ein Abbau der EU-Bürokratie gefordert. Deziert zur Gemeinsamen Agrarpolitik äußert sich die AfD nicht.

Pflanzenschutz Zu dem Themenkomplex positioniert sich die Alternative für Deutschland nicht.

EEG Die AfD will das EEG ersatzlos streichen. Solange es noch besteht, sollen keine neuen Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten errichtet werden. Die Nutzung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen soll nur mit Zustimmung der betroffenen Bürger be-schlossen werden dürfen. Der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung sollte das Zehnfache der Gesamthöhe der Anlagen betragen.

Gentechnik Gentechnikfrei erzeugte Lebensmittel sind der Partei wichtig.

Tierhaltung Die AfD nennt eine mitfühlende und wüdevolle Behandlung aller Tiere als Ziel. In diesem Zusammenhang fordert sie die ersatzlose Streichung des § 4a, Absatz 2 Nummer 2 des Tierschutzgesetzes. Dieser erlaubt das betäubungslose Schlachten aus religiösen Gründen (Schächten).

Agrarmarkt Im Bereich der Landwirtschaft bewertet die AfD die Globalisierung kritisch. Die Partei wendet sich gegen die „negativen Auswirkungen eines weltweiten Preisdumpings“ und will stattdessen die regionale Lebensmittelerzeugung und Direktvermarktung durch bäuerliche Betriebe stärken.

Boden Die AfD fordert ein Vorkaufsrecht für ortsansässige landwirtschaftliche Betriebe und eine Spekulationsfrist von zehn Jahren beim Flächenenerwerb, wie es bereits in der Immobilienwirtschaft gibt.

Fazit

Bei agrarpolitischen Themen bleibt die Positionierung der AfD vergleichsweise flach. Große Würfe wären daher von dieser Partei wohl nicht zu erwarten. *hos, plo, ist, da*